



OBDACHLOS
Aus den USA deportierte Migranten schlagen
im Kanal von Tijuana ihr Nachtlager auf.

Die Ausgestoßenen

Während US-Präsident Barack Obama um die Einwanderungsreform kämpft, wurden im vergangenen Jahr fast 250.000 illegale Einwanderer nach Mexiko abgeschoben – beinahe 700 pro Tag. Ohne Papiere, Geld und Unterkunft landen die meisten von ihnen ganz unten: zum Beispiel im Kanalsystem der Grenzstadt Tijuana.

TEXT UND FOTOS: HANNA SILBERMAYR, TIJUANA

Nur ein paar Meter, dann wird Luis Leyva von der Dunkelheit verschluckt. Einzig das Geräusch seiner nackten Füße auf dem feuchtnassen Boden der Betonröhre lässt erahnen, dass er noch da ist. Luis tastet sich den langen Schacht entlang, die Beine angewinkelt, den Rücken gebeugt. Immer wärmer, stickiger und dunkler wird es. Als er am Ziel ist, lässt er sich auf schmutzige Polster und Decken fallen. „Willkommen in meinem Zuhause“, sagt er: „Hier wohne ich.“

Hier, das ist im Kanal von Tijuana.

Die nordmexikanische Stadt schmiegt sich so eng an die Grenze zu den USA, dass man glauben möchte, sie suche die Nähe des großen Bruders. Lange Zeit diente Tijuana als Umschlagplatz für Schlepper, die Migranten über die Grenze in die USA schleusten. Heute ist sie nur noch selten Ausgangspunkt für illegale Grenzübertritte. Die verstärkte Überwachung auf US-Seite hat die irreguläre Migration weit

in den Osten gedrängt, bis hinein in die heiße Wüste von Sonora. Tijuana, eine Stadt mit ungefähr gleich vielen Einwohnern wie Wien, hat sich unterdessen in ein Auffanglager für all jene verwandelt, die es im Norden nicht schafften.

Schätzungen des Pew Hispanic Center zufolge lebten 2013 rund 11,3 Millionen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere in den USA, 60 Prozent davon bereits zehn Jahre oder länger. Diese hohe Zahl veranlasste US-Präsident Barack Obama kürzlich, die seit seinem Amtsantritt Anfang 2009 versprochene Einwanderungsreform voranzutreiben. „Unser Einwanderungssystem ist kaputt, jeder weiß das“, erklärte er. Geht es nach ihm, soll ein Teil der irregulären Migranten zumindest temporäre Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erhalten.

Ein Vorschlag, der den Republikanern missfällt; seit Monaten legen sie sich dagegen quer. Nach den Mid-Term-Elections Ende November kündigte Obama deshalb an, entsprechende Gesetzesänderungen im Alleingang durchziehen zu wollen.



Dennoch haben die Vereinigten Staaten ausgegerechnet unter Obama mehr Ausweisungen durchgeführt als je zuvor. Alles in allem wurden während seiner Amtszeit mehr Illegale deportiert als in der gesamten achtjährigen Präsidentschaft seines republikanischen Vorgängers George W. Bush, nämlich mehr als zwei Millionen innerhalb von nur sechs Jahren. Die Auswirkungen dieser Abschiebewut bekommen vor allem mexikanische Grenzstädte wie Tijuana zu spüren.

Der heute 35-jährige Luis Leyva erinnert sich gut an jenen Tag, an dem sein amerikanischer Traum ein jähes Ende fand. 15 Jahre, sein halbes Leben, hatte er zuvor illegal in Los Angeles verbracht und dennoch ein relativ normales Dasein geführt: Er mietete eine Wohnung, jobbte als Maler, schickte Geld zu seinen Eltern nach Mexiko, spielte Fußball, bekam eine kleine Tochter. Der Gedanke an sein Kind treibt Luis heute Tränen in die Augen.

Als er seine Tochter zuletzt sah, war sie noch ein Baby, mittlerweile ist sie sieben. Denn vor fünf Jah-

ren wurde Luis an seinem Arbeitsplatz aufgegriffen, nach kurzer Schubhaft in einen Bus gesetzt, gemeinsam mit anderen Migranten bis zur Grenze gefahren und durch ein Tor im Grenzzaun nach Mexiko abgeschoben. 200 bis 300 Menschen kommen so täglich in Tijuana an.

Mit leerem Blick, schmuddeligem Äußeren, schräg aufgesetzten Baseballkappen und weiten T-Shirts irren sie orientierungslos durch die Straßen der Stadt. Die Abschiebung kommt oft plötzlich und manchmal ohne jede Möglichkeit, sich von Familie oder Kindern zu verabschieden. Sobald die Abgeschobenen das Tor im Grenzzaun durchschreiten, sind sie – abgesehen von ein paar Informationen der mexikanischen Migrationsbehörde – auf sich allein gestellt. Der mexikanische Staat setzt sich zwar vehement für im Ausland lebenden Staatsbürger ein, da diese jährlich Geld in Milliardenhöhe zurück in die Heimat schicken. Für den Rest aber, den vermeintlich nutzlosen „Ausschuss“, den das►

„Unser Einwanderungssystem ist kaputt, jeder weiß das.“

Barack Obama,
US-Präsident



HEIMATLOS
Weil die Republikaner jede Einwanderungsreform verhindern wollen, haben die USA ausgerechnet in der Amtszeit von Barack Obama mehr Abschiebungen durchgeführt als je zuvor. Alleine in Tijuana landeten vergangenes Jahr pro Tag 200 bis 300 Deportierte auf der Straße.



SCHUTZLOS
Immer wieder macht die Polizei Jagd auf die Kanal-Bewohner.

US-amerikanische Einwanderungssystem jeden Tag nach Mexiko spült, hat er keine Lösungen parat. Daraum endet die Migrationsgeschichte tausender Mexikaner auf den staubigen Straßen von Grenzstädten wie Tijuana.

Oder im Kanal. Dort wirft die Sonne am Nachmittag ein Glitzern auf ein Rinnensal. Bis in die 1970er-Jahre mäanderte der Fluss frei durch die Stadt, dann pferchte man ihm zum Schutz vor Hochwasser in eine breite Betonwanne. „El Bordo“, wie dieser Kanal im Volksmund genannt wird (auf „Spanglish“ – der von den Hispanics gesprochenen Mischform von Spanisch und Englisch – heißt das „the border“, also „die Grenze“, Anm.), der schon lange keine Wassermassen mehr zurückhält, ist zur Endstation für Menschen wie Luis Leyva geworden, die man weder in den USA noch in Mexiko zu brauchen scheint.

Hier haben sie sich niedergelassen, schlafen unter den Brücken, in kleinen Verschlägen oder in den Schächten der Kanalisation.

Luis sitzt am Eingang seiner Betonröhre, eine Wasserflasche mit lauwarmem Kaffee in der Hand. Diesen hat er sich früh morgens bei einer christlichen NGO geholt, die Essen an Bedürftige verteilt. „Das sind die Einzigsten, die sich für uns interessieren“, sagt er. Vom Rest, Tijuanas Bevölkerung, Politiker und Polizei, werden die Bewohner von „El Bordo“ im besten Fall ignoriert, im

„Sicher gibt es hier ein paar Leute, die Blödsinn machen. Aber die meisten gehen ehrlicher Arbeit nach.“
**Luis Leyva,
abgeschobener Migrant**

völlerung, Politiker und Polizei, werden die Bewohner von „El Bordo“ im besten Fall ignoriert, im

schlechteren denunziert. Das seien alles Drogenabhängige, weiß man außerhalb des Kanals zu berichten – und Kriminelle sowieso: Sie würden Touristen im Stadtzentrum ausrauben, weil sie Geld brauchten, um ihre Sucht zu befriedigen.

Luis bestreitet das nicht: „Sicher gibt es hier ein paar Leute, die Blödsinn machen. Viele von uns nehmen auch Drogen.“ Er selbst habe nach seiner Abschiebung angefangen, Crystal Meth zu rauchen: „Um meine Probleme zu vergessen.“ Das mache ihn aber nicht automatisch zu einem Kriminellen. „Die meisten Männer aus dem Kanal gehen ehrlicher Arbeit nach“, sagt er. Sie trennen Müll, den sie später zum Recyclen bringen, oder putzen Autos, die vor dem Grenzübergang zur USA auf die Abfertigung warten: „Damit verdienen wir genug, um über die Runden zu kommen. Viel brauchen wir ja nicht.“

Das wahre Problem für die Bewohner von „El Bordo“ ist ein anderes: Sie haben keine Papiere, die sie als Mexikaner identifizieren würden. Um Personaldokumente zu bekommen, müssen Rückkehrer ihre Geburtsurkunde in der Heimatgemeinde beantragen und nach Tijuana schicken lassen – ein langwieriges Verfahren. Ohne Ausweis ist es aber nahezu unmöglich, Arbeit zu finden.

Luis hat seine Geburtsurkunde nie beantragt. Er wusste nicht genau, wo er diese nach so langer Zeit im Ausland herbekommen sollte, und sah auch keinen Sinn in der Sache, da er sowieso zurück in die USA wollte. „Zuallererst habe ich ein Zimmer in ei-



nem billigen Hotel gemietet“, erzählt Luis. Doch schon nach zwei Wochen ging ihm das Geld aus; er konnte die Miete nicht mehr bezahlen und landete auf der Straße.

Immer wieder hielt ihn die Polizei im Stadtzentrum auf, kontrollierte ihn, fragte nach einem Ausweis. „Sie haben mich in den Kanal geschickt“, sagt Luis. Dort gebe es Gleichgesinnte, hieß es. Was er zu diesem Zeitpunkt nicht wusste: Die mexikanische Polizei muss aufgrund des Drogenkrieges Quoten für Festnahmen erfüllen, und dabei kommen ihnen die Abgeschobenen durchaus gelegen – nach ihnen fragt oder sucht schließlich niemand. Dreißig bis vierzig pro Woche tauchen deshalb Polizeiwagen im Kanal auf und jagen die Bewohner die lange Betonwanne entlang. Wer es nicht schafft, sich rechtzeitig aus dem Staub zu machen – meist ältere Männer oder Neulinge –, wird festgenommen, einem Richter vorgeführt und im Schnellverfahren zu bis zu 36 Stunden Haft verurteilt. Der Grund: keine Ausweispapiere. „Als wären wir Illegale. Dabei sind wir mexikanische Staatsbürger“, sagt Luis.

Das Binationale Zentrum für Menschenrechte – eine NGO, die sich der rechtlichen Lage der Bewohner von „El Bordo“ annimmt – dokumentierte unzählige Menschenrechtsverletzungen: Die Polizisten nehmen die Obdachlosen nicht nur unter fadenscheinigen Gründen fest, sie schlagen sie auch mit Knüppeln, verbrennen Kleidung und Essen oder zerstören ihre Zelte und provisorisch erbauten Hüt-

ten. Deshalb sind einige der Kanalbewohner inzwischen dazu übergegangen, ihren Schlafplatz auf Bäume zu verlegen, um sich vor Übergriffen durch die Behörden zu schützen. Menschenrechtsaktivisten haben das polizeiliche Vorgehen schon oft angeprangert. Geändert hat sich bisher aber nichts.

Zweimal versuchte Luis noch, in die USA zurückzukehren. In beiden Fällen wurde er von der US-amerikanischen Grenzpolizei aufgehalten und wieder abgeschoben. Würde er ein drittes Mal erwischt, drohte ihm ein lebenslanges Einreise- und Aufenthaltsverbot. Das will er nicht riskieren, da er seine Tochter in diesem Fall nie wieder sehen würde. Luis ist unschlüssig, was er tun soll. Wäre er jetzt noch in den USA, könnte er seinen Aufenthaltsstatus nach Obamas neuen Gesetzen wohl legalisieren. Doch die Abschiebung kam ihm zuvor.

Luis' Eltern leben in Acapulco, einer Stadt im Südwesten Mexikos. Doch nach fast 20 Jahren, die er seine Mutter und seinen Vater nicht gesehen hat, will er nicht mit leeren Händen heimkehren. „Sie würden mich fragen, wo ich mich die ganze Zeit herumgetrieben habe“, sagt Luis. Es macht ihm auch Angst, dass Acapulco derzeit einer der Schauplätze des mexikanischen Drogenkrieges ist. Er will nicht auf die schiefen Bahn geraten. Darum bleibt er vorerst lieber im Kanal von Tijuana. Irgendwann aber, sagt Luis, wolle er weg von hier, zurück in ein normales Leben, das vielleicht doch in Acapulco bei seiner Familie beginnt.

ARBEITSLOS
Um Essen kaufen zu können, bleiben meist nur Tagelöhnerjobs.